

BEDARFSORIENTIERTE MINDESTSICHERUNG
Antrag auf Hilfe zur Sicherung des Lebensunterhalts
und des Wohnbedarfs



LAND
OBERÖSTERREICH

SGD-So/E-5

Bezirksverwaltungsbehörde

Eingangsstempel

Zutreffendes ankreuzen!

Ich beantrage Mindestsicherung nach dem Oö. Mindestsicherungsgesetz (Oö. BMSG)

Antragsteller/in

Name	Familienname _____ Vorname _____ Titel _____ Frühere Familiennamen _____
Geschlecht	<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich
Geburtsdatum	_____
Gesetzl. Vertreter (Sachwalter, Erziehungsberechtigte)	_____
Familienstand	<input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> getrennt lebend <input type="checkbox"/> Lebensgemeinschaft <input type="checkbox"/> eingetragene Partnerschaft seit _____
Krankenversicherung	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein wenn ja: <input type="checkbox"/> selbstversichert <input type="checkbox"/> mitversichert bei _____
Sozialversicherungsnummer	
Staatsbürgerschaft	<input type="checkbox"/> Österreichische Staatsbürgerschaft <input type="checkbox"/> Andere:
Herkunftsland (letzter Wohnsitz vor der Einreise nach Österreich)	_____
Über welchen Daueraufenthaltstitel verfügen Sie? Legen Sie diesen dem Antrag bei!	_____
Anschrift	PLZ _____ Ort _____ Straße _____ Nr. _____ Telefon _____ Fax _____ E-Mail _____ Wohnadresse in den letzten 6 Monaten außerhalb von Oberösterreich <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Bankverbindung	Bankinstitut _____ BLZ/BIC _____ Konto-Nr./IBAN _____ lautend auf _____

Beruf	erlernter Beruf/Ausbildung _____ derzeit/zuletzt ausgeübter Beruf _____
Erwerbstätigkeit	<input type="checkbox"/> selbständig seit _____ <input type="checkbox"/> unselbständig Arbeitgeber _____ Beschäftigungsausmaß _____ <input type="checkbox"/> arbeitslos seit _____ <input type="checkbox"/> beim AMS gemeldet seit _____ <input type="checkbox"/> in Karenz seit _____ <input type="checkbox"/> im Krankenstand seit _____ <input type="checkbox"/> arbeitsfähig, aber nicht vermittelbar seit _____ weil _____
Arbeits(un)fähigkeit (legen Sie allfällige Nachweise vor)	<input type="checkbox"/> dauerhaft arbeitsunfähig, seit _____ <input type="checkbox"/> eingeschränkt arbeitsfähig, seit _____ wegen <input type="checkbox"/> Kinderbetreuung, seit _____ <input type="checkbox"/> Pflege von Angehörigen, seit _____ <input type="checkbox"/> einer vor dem 18. Lebensjahr begonnenen Ausbildung <input type="checkbox"/> vorübergehend aus sonstigen Gründen <input type="checkbox"/> Pensionsantrag gestellt, am _____ <input type="checkbox"/> nicht abgeklärt

Im gemeinsamen Haushalt leben folgende **volljährige** weitere **Personen**

Familien- und Vorname	Geburtsdatum	Beziehung (Ehepartner/in, Lebensgefährtin/Lebensgefährte, eingetragene Partnerin/eingetragener Partner, erwachsene Kinder, andere Verwandte, sonstige Mitbewohner)
1.		
2.		
3.		
4.		
5.		
6.		

Verwenden Sie dazu zusätzlich das **Beiblatt SGD-So/E-5a** für jede volljährige Person ¹⁾

Im gemeinsamen Haushalt leben folgende **minderjährige** Personen

Familien- und Vorname	Geburtsdatum	Beziehung (Tochter/Sohn, Enkelin/Enkel, Stiefkinder,...)
1.		
2.		
3.		
4.		
5.		
6.		

Verwenden Sie dazu zusätzlich das **Beiblatt SGD-So/E-5b** für jede minderjährige Person ¹⁾

¹⁾ Es sind alle im gemeinsamen Haushalt wohnenden Personen anzugeben, unabhängig davon, ob für diese Personen Mindestsicherung beantragt wird.

Finanzielle Situation

(Bitte geben Sie hier nur Ihr eigenes Einkommen an)

Nettoeinkommen	auszahlende Stelle/Arbeitgeber _____	
	<input type="checkbox"/> 14x <input type="checkbox"/> 12x <input type="checkbox"/> jährlich	_____ Euro
	auszahlende Stelle/Arbeitgeber _____	
	<input type="checkbox"/> 14x <input type="checkbox"/> 12x <input type="checkbox"/> jährlich	_____ Euro
	auszahlende Stelle/Arbeitgeber _____	
	<input type="checkbox"/> 14x <input type="checkbox"/> 12x <input type="checkbox"/> jährlich	_____ Euro
Leistungen des AMS (Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Pensionsvorschuss, DLU)	tägl. _____ Euro	
Sonstige Einkünfte	<input type="checkbox"/> Pensions-/Rentenleistungen	mtl. _____ Euro
	<input type="checkbox"/> Krankengeld/Wochengeld	tägl. _____ Euro
	<input type="checkbox"/> Kinderbetreuungsgeld (inkl. Zuschuss)	tägl. _____ Euro
	wenn ja, welche Variante <input type="checkbox"/> 30+6 <input type="checkbox"/> 20+4 <input type="checkbox"/> 15+3 <input type="checkbox"/> 12+2	
	<input type="checkbox"/> Unterhalt	mtl. _____ Euro
	<input type="checkbox"/> Sonstiges	mtl. _____ Euro
Familienbeihilfe (FB)	<input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein	Erhöhungsbetrag zur FB <input type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/> Nein
Wird Pflegegeld bezogen?	<input type="checkbox"/> Ja, Stufe _____ <input type="checkbox"/> Nein	
Vermögen (aktueller Wert)	Kontenguthaben	_____ Euro
	Sparguthaben	_____ Euro
	Bausparvertrag	_____ Euro
	Wertpapiere, Aktien, ...	_____ Euro
	Lebensversicherungen, Pensionsvorsorgen	_____ Euro
	Grundbesitz, Immobilien	_____ Euro
	Katastralgemeinde/Einlagezahl _____ m ²	
Sonstige Vermögenswerte (zB. KFZ)	_____ Euro	

Wohnsituation

Art der Unterkunft	<input type="checkbox"/> Eigenheim (Haus) <input type="checkbox"/> Eigentumswohnung
	<input type="checkbox"/> Mietwohnung <input type="checkbox"/> Untermiete
	<input type="checkbox"/> Sonstiges <input type="checkbox"/> ohne Unterkunft
Größe der Unterkunft	_____ m ²
	monatlich _____ Euro
Wird Wohnbeihilfe bezogen?	<input type="checkbox"/> Ja, seit _____ monatlich _____ Euro <input type="checkbox"/> Nein
Antrag auf Wohnbeihilfe gestellt?	<input type="checkbox"/> Ja, am _____ <input type="checkbox"/> Nein

Rechte und Pflichten, Datenverwendung

a) Rechte und Pflichten

Ihre Rechte und Pflichten entnehmen Sie bitte dem Hinweisblatt zur bedarfsorientierten Mindestsicherung.

b) Datenverwendung

Ich nehme zur Kenntnis und stimme ausdrücklich zu, dass die zur Vollziehung dieses Landesgesetzes berufenen Behörden und Träger der bedarfsorientierten Mindestsicherung gemäß § 50 Oö. BMSG zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten insoweit ermächtigt sind, als diese zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben eine wesentliche Voraussetzung sind.

Ich erkläre hiermit, dass meine Angaben im Antragsformular und den Beiblättern vollständig und richtig sind.

Ich habe die obige Zustimmungserklärung und das Hinweisblatt zur bedarfsorientierten Mindestsicherung erhalten und zur Kenntnis genommen.

Ort, Datum

Unterschrift

Unterschrift wurde geleistet durch

- Antragstellerin bzw. Antragsteller
- Sachwalterin bzw. Sachwalter
- gesetzliche Vertreterin bzw. gesetzlicher Vertreter
- Bevollmächtigte bzw. Bevollmächtigter

Folgende Unterlagen haben Sie für sich und alle vom Antrag miterfassten Personen in Kopie anzuschließen:

1. Nachweis über rechtmäßigen Daueraufenthalt (Familienangehöriger [Kernfamilie], asylberechtigt, subsidiär schutzberechtigt, EU/EWR/Schweizer Staatsangehörigkeit [Anmeldebescheinigung], Angehörige bzw. Angehöriger einer bzw. eines EU/EWR/Schweizer Staatsangehörigen [Aufenthaltskarte oder Daueraufenthaltskarte], Drittstaatsangehörigkeit mit Aufenthaltstitel „Daueraufenthalt – EG“ oder „Daueraufenthalt – Familienangehörige“, Niederlassungsnachweis bzw. unbefristete Niederlassungsbewilligung, Sonstiges Daueraufenthaltsrecht)
2. Einkommensnachweise (z.B. Lohnbestätigung der letzten drei Monate, AMS-Bestätigung, Einkommenssteuerbescheid, Pensionsmitteilung, Rentennachweis, Unfallrente, Nachweis über Unterhaltsanspruch, Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld, Krankengeld, Abfertigung, Mieteinnahmen, Pflegegeldbezüge, Wohnbeihilfe [Bezug oder Antragstellung])
3. Vermögensnachweise (Kontoauszüge der letzten 6 Monate, Sparbücher, Bausparvertrag, Lebensversicherung, Wertpapierdepot)
4. Mietvertrag und aktuelle Miet- und Betriebskostenvorschreibung
5. Zulassungsscheine sämtlicher KFZ
6. Nachweis der Arbeitsunfähigkeit (ärztliches Attest)

Sie sind verpflichtet, diese Unterlagen vorzulegen. Eine Nichtvorlage kann zur Zurückweisung Ihres Antrags führen.

Bei Rückfragen:

Direktion Soziales und Gesundheit, Abteilung Soziales
Tel.: (+43 732) 77 20-152 21; Fax: (+43 732) 77 20-21 56 19; E-Mail: so.post@ooe.gv.at

Hinweisblatt zur bedarfsorientierten Mindestsicherung

Allgemeines

Die Leistung bedarfsorientierter Mindestsicherung setzt Ihre Bereitschaft voraus, in angemessener, Ihnen möglicher und zumutbarer Weise zur Abwendung, Milderung bzw. Überwindung der sozialen Notlage beizutragen (§ 7 Oö. BMSG). Diese Bereitschaft wird von allen hilfebedürftigen Personen in Ihrer Haushaltsgemeinschaft erwartet.

Dazu gehört insbesondere

1. der Einsatz der eigenen Mittel nach Maßgabe der §§ 8 bis 10 Oö. BMSG;
2. der Einsatz der Arbeitskraft nach Maßgabe des § 11 Oö. BMSG;
3. die Verfolgung von Ansprüchen gegen Dritte (wie z.B. Unterhaltsansprüche), bei deren Erfüllung die Leistung bedarfsorientierter Mindestsicherung nicht oder nicht in diesem Ausmaß erforderlich wäre sowie
4. die Umsetzung der von einem Träger bedarfsorientierter Mindestsicherung oder der Mindestsicherungsbehörde nach diesem Landesgesetz aufgetragenen Maßnahmen zur Abwendung, Milderung bzw. Überwindung der sozialen Notlage.

Leistung der bedarfsorientierten Mindestsicherung

Die Leistung bedarfsorientierter Mindestsicherung erfolgt im Regelfall in Form von monatlichen Geldleistungen (12x jährlich), die auf Ihr Konto überwiesen werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass die bedarfsorientierte Mindestsicherung grundsätzlich im Voraus geleistet wird und es durch schwankende Einkommenshöhen, kürzere Anspruchszeiträume bzw. wechselnde Haushaltssituationen zu Über- oder Unterzahlungen kommen kann. Diese werden durch Aufrollung in den Folgemonaten ausgeglichen, ohne dass ein eigener Bescheid zu erlassen ist (§ 13 Abs. 6 Oö. BMSG).

Kürzung bei Nichteinsatz der Arbeitskraft

Die Leistung der bedarfsorientierten Mindestsicherung kann stufenweise und maximal um die Hälfte gekürzt werden, wenn trotz nachweislicher vorheriger Ermahnung durch die zuständige Behörde keine Bereitschaft zu einem zumutbaren Einsatz der Arbeitskraft besteht.

Im Einzelfall kann eine darüber hinausgehende Kürzung erfolgen oder die Leistung von vornherein nicht gewährt werden. Dies gilt insbesondere dann, wenn ausdrücklich die Aufnahme einer zumutbaren Beschäftigung verweigert wird (§ 11 Abs. 4 und 5 Oö. BMSG).

Mitwirkung bei der Sachverhaltsfeststellung

Sie bzw. Ihr gesetzlicher Vertreter sind verpflichtet, an der Feststellung des maßgeblichen Sachverhalts mitzuwirken. Im Rahmen der Mitwirkungspflicht sind insbesondere die zur Durchführung des Verfahrens

1. erforderlichen Angaben zu machen,
2. erforderlichen Urkunden oder Unterlagen beizubringen und
3. erforderlichen (auch ärztlichen) Untersuchungen zu ermöglichen.

Kommen Sie (Ihr gesetzlicher Vertreter) der Mitwirkungspflicht innerhalb angemessener Frist nicht nach, kann die Behörde der Entscheidung über den Leistungsanspruch den Sachverhalt, soweit er festgestellt wurde, zugrunde legen oder bei mangelnder Entscheidungsgrundlage den Antrag zurückweisen.

Anzeige- und Rückerstattungspflicht

Sie (Ihr gesetzliche Vertreter) haben jede ihnen bekannte Änderung der für die Hilfeleistung maßgeblichen Umstände, insbesondere Änderungen der Vermögens-, Einkommens-, Familien- oder Wohnverhältnisse, Aufenthalte in Kranken- oder Kuranstalten sowie maßgebliche Umstände im Sinn des § 16 (insbesondere Haftstrafen, Aufenthalte außerhalb Oberösterreichs), unverzüglich nach dem Eintritt oder Bekanntwerden, längstens aber binnen zwei Wochen bei jener Bezirksverwaltungsbehörde anzuzeigen, in deren Zuständigkeitsbereich Sie ihren Hauptwohnsitz, in Ermangelung eines solchen Ihren Aufenthalt, haben (§ 35 Abs. 1 Oö. BMSG).

Wurde Ihnen bedarfsorientierte Mindestsicherung wegen Verletzung der Anzeigepflicht oder wegen bewusst unwahrer Angaben oder bewusster Verschweigung wesentlicher Tatsachen zu Unrecht gewährt, haben Sie diese rückzuerstatten oder dafür angemessenen Ersatz zu leisten (§ 35 Abs. 2 Oö. BMSG).

Kostenersatzpflicht

Gemäß § 41 Abs. 6 Oö. BMSG wird darauf hingewiesen, dass Empfängerinnen und Empfänger bedarfsorientierter Mindestsicherung zum Ersatz der für sie aufgewendeten Kosten verpflichtet sind, wenn sie zu einem nicht aus eigener Erwerbstätigkeit erwirtschafteten, verwertbaren Vermögen gelangen oder sichergestelltes Vermögen verwertbar wird (§ 37 Oö. BMSG).

Weiters wird darauf hingewiesen, dass darüber hinaus für die Kosten von Leistungen bedarfsorientierter Mindestsicherung von folgenden Personengruppen unter bestimmten Voraussetzungen Kostenersatz zu leisten ist:

1. unterhaltspflichtige Angehörige nach Maßgabe des § 38 Oö. BMSG;
2. sonstige Personen nach Maßgabe des § 39 Oö. BMSG.

Nähere Informationen finden Sie in der Broschüre zur bedarfsorientierten Mindestsicherung in Oberösterreich unter www.land-oberoesterreich.gv.at im Themenbereich Gesellschaft und Soziales.